

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXI/168

Bonn, den 5. September 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2	<u>Welche Europapolitik?</u>	97

Nach des Bundeskanzlers Skandinavien-Reise

Von * * *

3	<u>Stiefkind der Medizin</u>	43
---	------------------------------	----

Hauptberufliche Werkärzte blieben Mangelware

4	<u>Mitteldeutscher Alltags</u>	33
---	--------------------------------	----

"Neues Deutschland" und die Bundeswehr
Lücken im "Geschichtsbewußtsein"

5 - 6	<u>Frankreich - Deutschland</u>	93
-------	---------------------------------	----

Wirft die "Große Politik" Schatten auf das Verhältnis
unserer Völker zueinander?

Interessantes Ergebnis von Meinungsumfragen

+ + +

Welche Europapolitik ?

Nach des Bundeskanzlers Skandinavien-Reise

Von * * *

Der Bundeskanzler hat seine Parteifreunde wieder einmal in seiner Verlegenheit gebracht. Diesmal auf dem Gebiet der Außenpolitik oder - wenn man so will - auf dem der internationalen Wirtschaftspolitik in Oslo und Stockholm demonstrierte Erhard, wie plötzlich er alles über Bord werfen kann, was er noch vor kurzen für "seine Politik" gehalten hat. Wörtlich erklärte er in Oslo:

- * "Ich glaube nicht, daß wir bemüht sein sollten, die politische Integration der EWG zu fördern, weil ich glaube,
- * je stärker die EWG in den Augen der übrigen Welt und vor allem
- * der freien Nationen Europas ein politisches Gehäuse hat und ein
- * politisches Instrument wird, um so schwieriger wird die Verständigung sein."

Dieser Glaube steht in krassestem Gegensatz zum Geist der Römischen Verträge und zu der gisher von der Regierung Erhard vertretenen Europapolitik. Erinnerung wir uns: Seit seinem Amtsantritt im Oktober 1963 hat der Kanzler immer wieder Initiativen zur Bildung einer politischen Union der sechs EWG-Länder angekündigt. Hartnäckig aber vergebens versuchte er, eine Konferenz der Außenminister oder Regierungschefs der EWG-Staaten über die "politische Formierung Europas" einzuberufen. Die Einigung des EWG-Ministerrats über den gemeinsamen Getreidepreis und die Fusion der drei Exekutiven von EWG, Euratom und Montanunion feierte Erhard als "Durchbruch nach Europa". Die Kommuniqués anlässlich der deutsch-französischen Konsultationen sprechen stereotyp von "Fortritten bei der Einigung Europas". Dabei kann es sich doch wohl nur um die engere Zusammenarbeit der Sechs auf den Gebieten der Außen-, Verteidigungs- und Kulturpolitik handeln.

In den von der Bundesregierung im November 1964 unterbreiteten Vorschlägen "für eine Fortführung der europäischen Einigung" heißt es u.a.:

- * "Die Initiative zu verstärkter politischer Zusammenarbeit in Europa muß eine multilaterale Bemühung sein, die primär den sechs Ländern obliegt. Es wäre daher vom europäischen Standpunkt wie überhaupt dem der westlichen Welt ein großer Fehler, die Gemeinschaften zu schwächen. Es muß jede Möglichkeit wahrgenommen werden, die Gemeinschaften zu stärken und weiter zu entwickeln. Über die Europäischen Gemeinschaften vollzieht sich auf einem wichtigen Teilgebiet der europäischen Gesamtspolitik bereits ein Stück politische Einigung."

Stellt man diesen Sätzen die Erklärung Erhards in Oslo gegenüber, so bleibt nur der Schluß, daß sich seine Europapolitik seit 1964 um 180 Grad gedreht hat. Die Europa-Vorschläge der Bundesregierung sind also nur noch Makulatur. Nicht einmal von General de Gaulle, der gewiß kein Freund der europäischen Integration ist, sind derart negative Äußerungen über die EWG bekannt. Für den Regierungschef eines EWG-Landes lassen sich kaum deplaziertere Äußerungen als die Erhards vorstellen. Der Kanzler hat allen jenen Auftrieb gegeben, denen die Integra-

tion der EWG bereits zu weit geht. Erst im Januar konnte der französische Angriff auf den supranationalen Charakter der EWG abgewehrt werden. Nach den jüngsten Brüsseler Beschlüssen über die Agrarpolitik und die Kennedy-Runde ist die EWG institutionell wieder erstarkt. Gerade diese Stärke und innere Kraft des Gemeinsamen Marktes, basierend auf dem Prinzip der Integration, ist der Grund für die Attraktivität der Gemeinschaft. Durch den Erfolg der EWG sind die Drittländer aufgefordert, ein Arrangement mit der Gemeinschaft zu suchen. Erhard hat jedoch die Verhandlungsposition der EWG bei den bevorstehenden Verhandlungen mit der EFTA geschwächt.

Bisher galt es in der deutschen Politik als selbstverständlich, daß die EWG Ausgangs- und Kristallisationspunkt für die materielle und geographische Ausdehnung der europäischen Integration sein sollte. Jetzt wirft Erhard seine eigene Politik über Bord, läßt seine Parteifreunde und die Mitglieder seines Kabinetts im Stich und tut so, als hätte er etwas ganz Neues erfunden.

Natürlich ist der von Erhard unterbreitete Vorschlag, im Rahmen einer großen Freihandelszone die Außenzölle zwischen EWG und EFTA abzubauen, durchaus nicht neu. Schon im Jahre 1959 ist ein solcher Versuch gescheitert. Wegen der fortschreitenden zollpolitischen Diskriminierung wurden in den letzten Jahren mehrere Vorschläge für einen Brückenschlag gemacht. Besonders die Professoren K u l l e r - A r m a c k, K o r t s c h i e l e r, der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstags, S c h n e i d e r, und der Österreichische Außenminister K r e i s k y zeigten konkrete Wege für ein Arrangement auf. Im Gegensatz zu Erhard verzichteten diese Politiker aber nicht auf die politische Einigung der EWG-Länder. Die EWG ist bisher eine Antwort auf die verschiedenen Verhandlungsangebote der EFTA schuldig geblieben.

Man muß daher die Bundesregierung fragen, was sie in Brüssel effektiv für die Überwindung der wirtschaftlichen Spaltung Europas unternommen hat. Mit schönen Reden bei Staatsbesuchen ist es eben nicht getan. Da die Aussichten für die Kennedy-Runde und damit für eine 50 prozentige Zollsenkung zwischen EWG und EFTA sehr gut sind, erscheint Erhards Vorschlag zur Zeit ohnehin wenig aussichtereich.

Es mag sein, daß man in Schweden die plötzliche Drehung Erhards um 180 Grad mit einem gewissen Schmunzeln zur Kenntnis genommen hat. Schweden ist ein neutrales Land und hat sich - auch in wirtschaftlichen Beziehungen - immer jedem Verdacht entziehen wollen, es könnte auf dem Weg über die wirtschaftliche Integration in den Sog einer politischen Integration geraten. Gerade aus diesem Grunde wurden die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Schweden ausschließlich auf bilateralem Wege gestaltet.

Jetzt muß der Bundeskanzler hier in Deutschland dafür sorgen, daß die offizielle deutsche Politik, praktisch getragen von allen Parteien im Bundestag, ebenfalls geändert wird. Man darf sehr gespannt darauf sein, wie Erhard seinen Parteifreunden und dem Parlament begründlich zu machen gedankt, warum er ohne jede Vorbereitung jetzt den Boden seiner eigenen Politik verlassen hat. Sehr schlimm wäre es für die Bundesrepublik, wenn in Schweden der Eindruck entstehen würde, Erhard habe seinen Gastgebern wieder nur einmal um eines Augenblickserfolges willen nach dem Murde geredet.

Stiefkind der Medizin

Hauptberufliche Werkärzte blieben Mangelware

DG - Die Erhebungen des Statistischen Bundesamtes stimmen bedenklich: 1964 waren in der Industrie Westdeutschlands nur 417 Werkärzte hauptberuflich im Dienst. Darunter 374 in Betrieben mit 1.000 und mehr Arbeitnehmern.

Gut vier Fünftel aller dieser Medizinmänner im weißen Kittel konzentrierten sich auf die Bereiche Bergbau, chemische Industrie, auf die Eisen- und Metallherzeugung, die elektronische Industrie und den Fahrzeugbau.

Über Funktion und Aufgabe des Werkarstes scheint noch so mancher Betrieb nebelhafte Vorstellungen zu besitzen. Dieser spezielle Typ des Mediziners ist mehr als ein Arzt, der rein aus Gründen der Zweckmäßigkeit im Betrieb "installiert" wird. Er soll nicht nur garantieren, daß die Belegschaft bei Krankheit auch tatsächlich der Obhut eines gewissenhaften Arztes anvertraut wird. Ein Werkarst hat vor allem die Aufgabe, als eine Art von "Gesundheitsgewissen" der Belegschaft zu fungieren.

Das bedeutet: Der Werkarst sorgt dafür, daß jeder Mitarbeiter einen Arbeitsplatz findet, der nicht gerade die schwächsten Seiten seiner körperlichen Konstitution beansprucht.

Wie vordringlich die Errichtung der Institution "Werkarst" ist, darüber führen Zahlen eine klare Sprache: 1960 ereigneten sich in der Bundesrepublik drei Millionen, 1964 sogar vier Millionen Arbeitsunfälle.

Jedes Jahr finden über 5.000 Menschen am Arbeitsplatz der RGR. Allein in der Metallindustrie wurden 1960 nicht weniger als 634.000 Arbeitsunfälle registriert.

Das weite Feld der Arbeitsmedizin ist in der Bundesrepublik noch so gut wie unbestellt. In Frankreich sind dagegen bereits seit 1946 werkärztliche Dienste für die Betriebe aller Wirtschaftszweige gesetzlicher Zwang.

In den Niederlanden stellt das "Gesetz über die arbeitsmedizinischen Dienste" aus dem Jahre 1959 den Unternehmen mit mehr als 750 Beschäftigten frei, sich an einen der 32 Dienste anzuschließen.

In der Tschechoslowakei ist für Großbetriebe die Zahl der eigenen Werkärzte genau fixiert. Mittleren und kleineren Betrieben ist es dagegen freigestellt, ob sie einen Arbeitsmediziner engagieren wollen.

Demgegenüber kann die Bundesrepublik nur als ein "arbeitsmedizinisch unterentwickeltes Land" gesehen werden. Hier geben nur Bundesbahn und Bundespost ein gutes Vorbild ab. Auch die Großindustrie verfügt über mustergültige arbeitsmedizinische Einrichtungen.

Aber: Die Arbeitsmedizin ist hierzulande immer noch nicht als ordentliches Prüfungsfach an den Universitäten anerkannt.

Mitteldeutscher Alltag

"Neues Deutschland" und die Bundeswehr
Lücken im "Geschichtsbewußtsein"

OS - Daß man in Pankow die Bundeswehr seit jeher mit Mißtrauen betrachtet, ist bekannt; das gehört gewissermaßen zum "Handwerk". Daß aber die Redakteure des SED-Zentralorgans "Neues Deutschland" bei Vergleichen zwischen der Bundeswehr und der Reichswehr in der Weimarer Republik jedwede Geschichtskennntnisse vermissen lassen, ist neu und peinlich. Sicher hat man die journalistischen Nachwuchskräfte nicht ausreichend über die Geschichte der Reichswehr informiert oder sie haben bei einem entsprechenden Kursus gerade gefehlt.

Anderes ist ein MD-Artikel vom 24. 8. 1966 mit der Überschrift "Boans Generäle wollen an die Macht" nicht zu erklären. Da steht nämlich u.a.:

- * "Wer die zwanziger und die ersten dreißiger Jahre politisch be-
- * wußt erlebt hat, wird daran erinnert, wie die Reichswehrespitze
- * damals ihren Einfluß auf die Innen- und Außenpolitik der Wei-
- * marer Republik immer mehr verstärkte und die Machtübergabe an
- * Hitler vorbereitete."

Was war denn eigentlich in den "zwanziger Jahren"? Da gab es so eine Art Geheimabkommen zwischen Reichswehr und Roter Armee. Deutsche Offiziere durften in der Sowjetunion - natürlich mit Wissen der Sowjetregierung - neue Waffen ausprobieren, Panzer einfahren und Kanonen einschießen; selbstverständlich hinter dem Rücken der westlicher Alliierten. Nicht wenige spätere "Hitlergeneräle" haben als junge Leutnants in der Sowjetunion ihre ersten Panzerübungen absolviert. Wer wem dabei in die Karten gucken wollte oder sollte, ist nie ganz klar geworden. Tatsache ist jedoch, daß einige später bei Hitler recht schnell avancierte Militärs ihre wichtigsten strategischen und waffen-technischen Kenntnisse in der Sowjetunion erworben haben.

Bis Pankow und bis in die MD-Redaktion scheint sich das noch nicht herumgesprochen zu haben. Oder hat man in den "Lehrbüchern" der kommunistischen Journalistenschulen dieses Kapitel ebenso weggelassen, wie den Abschluß des "Freundschaftspaktes" zwischen Stalin und Hitler?

Auch diese Lücken im "Geschichtsbewußtsein" sowjetischer Journalisten gehören in die Rubrik "Mitteldeutscher Alltag".

Frankreich - Deutschland

Wirft die "Große Politik" Schatten auf das Verhältnis
unserer Völker zueinander?

Interessantes Ergebnis von Meinungsumfragen

DFJ-Die Frage, ob die gelegentlichen Spannungen in der "Großen Politik" die Tätigkeit des Deutsch-Französischen Jugendwerks beeinträchtigen, wird immer wieder gestellt. Mit gutem Gewissen hat man diese Frage seitens des Deutsch-Französischen Jugendwerks bisher immer mit "NEIN" beantwortet - und es besteht Grund zu der Hoffnung, daß man das auch in Zukunft tun kann.

Vor dem Hintergrund dieser Befürchtungen gewinnen die Ergebnisse der in beiden Ländern halbjährlich durch EMNID und IFCP durchgeführter Trendhebung besonderes Interesse.

Die Ergebnisse der bisher dritten Befragung vom April und Mai dieses Jahres liegen jetzt vor. Die Tendenzen, die sich aus der zweiten Umfrage erkennen ließen, sind deutlicher geworden. Gegenüber 53 Prozent im vergangenen Herbst sind in Deutschland nun 65 Prozent der Befragten der Ansicht, das deutsch-französische Verhältnis habe sich im letzten halben Jahr eher verschlechtert als verbessert. Der Prozentsatz der Pessimisten ist in Frankreich ungleich geringer; er ist seit Herbst um 1 Prozent auf nur 23 Prozent angestiegen. Dieses Bild wird anschaulich ergänzt durch die Zahl derer, die eine Verbesserung des Verhältnisses zwischen beiden Staaten glauben feststellen zu können: In der Bundesrepublik ist ihre Zahl von 5 auf 4 Prozent abgesunken, in Frankreich ist sie von 22 auf 25 Prozent angestiegen. In beiden Ländern ist der Prozentsatz derjenigen, die keine Meinung haben, oder weder eine Verbesserung noch eine Verschlechterung konstatieren konnten, weiter zurückgegangen. Die Antworten auf diese erste Frage zeigen erneut sehr deutlich, wie die höher gespannten Erwartungen deutscherseits zu einer größeren Enttäuschung geführt haben, während man in Frankreich der Lage von Anfang an viel realistischer gegenüberstand und daher mit der tatsächlichen Entwicklung gar nicht so unzufrieden ist. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang die erstaunlich positive Einstellung der französischen Jugend zwischen 16 und 20 Jahren: 42 Prozent dieser Altersgruppe glaubt, eine Verbesserung des Verhältnisses bemerkt zu haben - zweifellos als Ergebnis persönlicher positiver Erfahrungen durch den Jugendaustausch.

Im Zusammenhang mit dieser ersten grundsätzlichen Frage müssen die Antworten auf die weitere Frage gesehen werden, ob eine engere Verbindung zwischen beiden Ländern für den Befragten eher Vorteile oder eher Nachteile mit sich bringt. Langsam, aber stetig steigt in Frankreich die Zahl derjenigen, die in der engeren Verbindung auch persönlich Vorteile sehen. Gegenüber 39 Prozent im letzten Herbst sind es jetzt 43 Prozent. Deutscherseits hat sich die Zahl derer, die in einer engeren Verbindung Vorteile erkennen, nicht vergrößert; sie ist sogar um 1 Prozent von 22 auf 21 Prozent gefallen.

Es liegt in der Natur der Sache, daß sich bei den Antworten, die sich auf Vorurteile und Klischeevorstellungen über das andere Volk beziehen, keine erheblichen Änderungen ergaben. Der Abbau von Vorurteilen ist ein langwieriger Vorgang. So finden sich als Antwort auf die Frage nach einigen typischen Eigenschaften des anderen Volkes diesel-

von Begriffe wie bisher auf der Vorurteilsliste. Man hält die Deutschen für arbeitsam, zäh und mutig, für diszipliniert und gehorsam, für höflich, für militärisch und kriegerisch, für stolz, egoistisch und kalt - um die fünf wichtigsten Nennungen aufzuzählen. Interessant hierbei ist jedoch, daß der Prozentsatz derer, die die Deutschen für arbeitsam, zäh und mutig halten, ebenso um 2 Prozent angestiegen ist wie die Zahl derer, die die Deutschen für höflich halten; an die deutsche Diszipliniertheit glauben inzwischen etwas weniger Franzosen. Wenn dagegen die Zahl der Franzosen, die den deutschen Nachbarn für militärisch oder nationalistisch halten, von 9 auf 13 Prozent beziehungsweise von 6 auf 12 Prozent angewachsen ist, so darf man darin wahrscheinlich eher eine Auswirkung der Verschlechterung des politischen Verhältnisses zwischen den Staaten - nicht zwischen den Völkern! - sehen.

Den Deutschen gelten die Franzosen nach wie vor vor allen Dingen als charmant und höflich; nur 1 Prozent der Deutschen hat sich von dieser Ansicht abbringen lassen, 25 Prozent vertreten sie weiterhin. Nationalbewußtsein und eine genießerische Einstellung zum Leben gelten weiterhin als typische französische Charakterzüge. Erfrölich ist der Rückgang der Stimmen, die die westlichen Nachbarn für faul halten (Rückgang von 19 auf 16 Prozent), für leichtlebig (Rückgang von 23 auf 16 Prozent), für machtgerig (Rückgang von 7 auf 4 Prozent). Gegenüber 6 Prozent im letzten Herbst sind heute 10 Prozent der deutschen Befragten von französischem Temperament beeindruckt. Trotz der größeren Skepsis der Deutschen gegenüber der Entwicklung des deutsch-französischen Verhältnisses zeigt sich hier eine spürbare Veränderung zum Positiven in der Beurteilung des französischen Nachbarn.

"Was halten Sie von Kontakten zwischen der Jugend Deutschlands und Frankreichs?" In beiden Ländern wächst beständig die Zahl derjenigen, die derartige Kontakte für wichtig oder sehr wichtig halten, und die Tendenz ist erkennbar, daß sich die Zahl der Franzosen, die dieser Meinung sind, der deutschen Zahl immer mehr annähert. 83 Prozent (gegenüber 81 Prozent im letzten Herbst) der Deutschen vertreten diese positive Auffassung; in Frankreich ist ihr Prozentsatz von 67 auf 79 Prozent angestiegen. Entsprechend zurückgegangen ist die Zahl derjenigen, die keine Stellung nehmen oder solche Kontakte für unwichtig halten. Nur noch 16 Prozent der Franzosen (bisher 25 Prozent) und - gleichbleibend - 13 Prozent der Deutschen messen solchen Kontakten keine Bedeutung bei.

Wirft die "Große Politik" Schatten? Es ist nicht zu leugnen, daß sie Schatten wirft, gewisse Kategorien von Antworten lassen es erkennen. Aber ebensowenig ist zu leugnen, daß die Arbeit des Deutsch-Französischen Jugendwerks durch diese Schatten nicht beeinträchtigt wird, und die wachsende positive Einstellung der Befragten in beiden Ländern, die sich aus den neuen Umfrageergebnissen erkennen läßt, ist ein weiteres Symptom dafür, daß das Deutsch-Französische Jugendwerk auf dem richtigen Wege ist.